

# Petersberger Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

März 2018

## Straßenbeiträge abschaffen

Die CDU in Petersberg und im Landkreis Fulda beharrt auf hohen Straßenbeiträgen für die Bürger.

Straßenbeiträge für die grundhafte Erneuerung belasten alle Bürger, sowohl Haus- oder Wohnungseigentümer als auch Mieter! Die betroffenen Eigentümer erhalten von ihrer Gemeinde Rechnungen mit evtl. fünfstelligen Beträgen. Je nach Lebenssituation können sie dadurch in große Schwierigkeiten geraten, z.B. wenn sie wegen ihres Alters kein Darlehen mehr bekommen. Die Mieter zahlen indirekt über steigende Mieten.

Nachdem die bayrische Landesregierung erklärt hat, die Straßenbeiträge für die grundhafte Erneuerung der Straßen abzuschaffen, gibt es nun auch in Hessen durch den Druck vieler Bürgerinitiativen Bewegung in dieser Frage. Mehrere Bürgerinitiativen haben sich in einer Arbeitsgemeinschaft „Straßenbeitragsfreies Hessen“ zusammengeschlossen. Ministerpräsident Volker Bouffier hat Ende Januar seine Bereitschaft erkennen lassen, die umstrittenen Straßenbeiträge auf den Prüfstand zu stellen.

Immer mehr Gemeinden appellieren an die Landesregierung, die Straßenbeiträge abzuschaffen und stattdessen die Kommunen finanziell besser auszustatten. Es vergeht kaum eine Woche, in der sich nicht eine weitere Gemeinde an die hessische Landesregierung wendet und eine Änderung der gesetzlichen Grundlage fordert.

Aber unsere Resolution, mit der auch die Gemeinde Petersberg die hessische Landesregierung dazu aufgefordert hätte, wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung am 22. Februar mit dem Argument, die Bürger würden rechtzeitig informiert und sollten früh-

### **DIE LINKE.** Offene Liste

Petersberg, 22.02.2018  
Tel. 0171 2640861

Fraktion in der Gemeindevertretung Petersberg

Vorsitzender: Michael Wahl, Kirschgrund 3, 36100 Petersberg

An den  
Vorsitzenden der Gemeindevertretung  
Herrn Felix Gaul  
Rathausplatz 1  
36100 Petersberg

Resolution

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Petersberg bittet die Hessische Landesregierung, die hessische Gemeindeordnung und das Hessische Kommunale Abgabengesetz so zu ändern, dass für den Umbau und Ausbau von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen keine Beiträge erhoben werden. Die Straßenbeiträge für eine grundhafte Erneuerung einer Straße bewegen sich oft im fünfstelligen Bereich und bedeuten für viele Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche finanzielle Belastung. Trotz sehr frühzeitiger Information sehen sich viele mit den Zahlungen überfordert. Wir bitten daher zu prüfen, ob das Land eine andere Form der Finanzierung für die Kommunen beschließen kann.

zeitig Geld für die Straßenbeiträge sparen, abgelehnt. Offensichtlich ist die Petersberger Gemeindevertretung mit ihrer CDU Mehrheit wieder einmal der Auffassung, es könne alles so bleiben, wie es ist. Die Bürger sollen weiterhin einen bestimmten Anteil der Kosten für die Erneuerung von Straßen, die ihnen nicht gehören, tragen.

Verleihen Sie unserer Forderung, die Straßenbeitragsatzung zu ändern, Nachdruck, indem Sie an der Unterschriftenaktion an die Gemeinde Petersberg teilnehmen! Siehe letzte Seite!

#### **Öffentliche Fraktionssitzung**

am 20. April  
um 19.00 Uhr  
in Marbach in der Zelmühle

#### **Aus dem Inhalt:**

Seite 2

- Aufwandsentschädigungen um 30 Prozent erhöht
- Baugebiet an der Hutweide
- Tempohügel sorgen weiter für Unmut

Seite 3

- Wassergebühren zu hoch?
- Ortsgerichtsvorsteher
- Buslinie 8 wird geändert

Seite 4

- Unterschriftenliste für die Abschaffung der Straßenbeiträge

**DIE LINKE.** Offene Liste

# Aufwandsentschädigungen um 30 Prozent erhöht

**Mit den Stimmen von CDU, CWE, SPD und FDP haben sich die Gemeindevertreter ihre Aufwandsentschädigungen um durchschnittlich 30 Prozent erhöht.**

Der Gemeindehaushalt wird damit um ca. 13.000 Euro pro Jahr belastet. Erst im letzten Jahr hat die Gemeindevertretung mit ihrer CDU-Mehrheit die Grundsteuern um bis zu 45 Prozent angehoben, weil die Gemeinde sonst ins Defizit käme. Nun - ein Jahr danach - kann man wieder aus dem Vollen schöpfen.

Zwar wurden die Aufwandsentschädigungen 15 Jahre nicht erhöht, aber eine so drastische Anhebung hat die Fraktion DIE LINKE. Offene Liste abgelehnt mit dem Hinweis auf die vielen Ehrenamtlichen in Vereinen und gemeinnützigen Organisationen, die weder eine monatliche Aufwandsentschädigung noch Sitzungsgelder erhalten.

Die Gegenreden der CDU- und

CWE-Gemeindevertreter bezogen sich auf keins unserer Argumente, sondern waren gekennzeichnet durch Unsachlichkeit und persönliche Beleidigungen.

Schade fanden wir auch, dass die CWE und die SPD sich dem CDU-Vorschlag für diese drastische Erhöhung angeschlossen haben, anstatt unseren Änderungsvorschlag zu unterstützen, der die Gemeindekasse weniger belastet hätte. Darin hatten wir beantragt, die monatliche Pauschale für die bloße Mitgliedschaft in einem Gremium zu streichen und stattdessen das Fraktionsgeld für nachgewiesene Ausgaben zu erhöhen.

Abschließend:

Wir sind durchaus der Auffassung, dass ehrenamtliche Arbeit gewürdigt werden soll. Allerdings halten wir die Höhe der Entschädigung und den gewählten Zeitpunkt - nach der Wahl und nach Anhebung der Grundsteuern - für unangemessen.

## Die neuen Aufwandsentschädigungen

20 € Pro Sitzung

### Gemeindevertreter monatlich:

13 € Pauschale

10 € Ratsinfo-Pauschale

### Ortsbeiräte monatlich:

130 bis 230 € Ortsvorsteher

5 € Ratsinfo-Pauschale

20 € pro Sitzung zusätzl für Schriftführer

### Ausschussvorsitzende monatlich:

20 bis 30 € Pauschale

### Fraktionsvorsitzende monatlich:

60 € Pauschale

2,00 Euro pro Mitglied

### Vors. der Gemeindevertr. monatl.:

80 € Pauschale

### Beigeordnete monatlich:

120,00 € Pauschale

Durch Mehrfachfunktionen ergeben sich für die Mitglieder zwischen 500,- und über 3000,- Euro Aufwandsentschädigung im Jahr.

## Neues Baugebiet in Petersberg

**An der Hutweide soll ein neues Baugebiet mit einem Kindergarten geschaffen werden.**

Schon seit Jahren beklagen viele Menschen, dass es sehr schwierig ist, in Fulda und in der Nähe der Stadt, wozu auch Petersberg gehört, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Nun hat eine Studie zum Wohnungsmarkt im Landkreis Fulda die angespannte Situation in Fulda und im stadtnahen Bereich bestätigt. Insbesondere durch den starken Anstieg der Studenten ist der Bedarf an kleinen Wohnungen enorm. In Folge sind die Mieten drastisch gestiegen, in der Stadt seit 2005 um bis zu 80 Prozent auf durchschnittlich 8,50 € pro m<sup>2</sup>.

Die Studie weist darauf hin, dass bedingt durch den demographischen Wandel und geänderte Lebensmodelle in Zukunft vor allem Wohnungen in

Mehrfamilienhäusern gebraucht werden, während der Bedarf an Einfamilienhäusern mittelfristig rückläufig sei.

Deshalb hat DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertreterversammlung am 22. Februar den Antrag gestellt, die Empfehlungen der Studie bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen. Dass er von der CDU abgelehnt wurde, hat uns sehr gewundert.

Wir werden im Rahmen des Bauleitverfahrens erneut auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum drängen. Denn die stark gestiegenen Mieten sind für viele Menschen kaum noch tragbar. Aber Wohnen ist ein Grundrecht, für das die Kommunen verantwortlich sind.

## Unterschriften gegen Tempohügel

**Der Unmut wegen der Tempohügel in Petersberg und Marbach ist nach wie vor groß.**

Eine Initiative in Marbach hat nun Unterschriften gesammelt. Darin wird die Gemeinde aufgefordert, die teilweise jetzt schon beschädigten Hügel sowie weitere unsinnige Hügel zurückzubauen. Wir hoffen, dass der neue Bürgermeister, Herr Froß, seinen Worten aus den Tagen des Wahlkampfes nun Taten folgen lässt und den Dialog mit den Bürgern sucht. Wir bleiben bei unserer Bewertung, Tempohügel an bestimmten Gefährdungstellen ja, aber bitte nicht in jeder Straße und teilweise auch noch mehrfach. Außerdem sind wir immer noch der Meinung, dass durch die rechtzeitige Einbeziehung der Anlieger manche Fehlplanung vermieden werden könnte.

## Zu hohe Wassergebühren?

**Am 02.02.2018 baten wir den Gemeindevorstand, unsere Anfrage zur Wassergebührekalkulation schriftlich zu beantworten.**

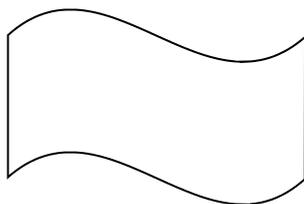
Wir erwarten ihre Beantwortung in der Aprilsitzung der Gemeindevertretung.

Unsere Anfrage lautet:

Nach dem Kommunalen Abgabegesetz soll das Gebührenaufkommen die Kosten der Einrichtung nicht übersteigen. Das Wasserwerk Petersberg hat in den letzten Jahren regelmäßig Überschüsse im fünf oder sechsstelligen Bereich erzielt. Der Ermittlung der Kosten kann ein mehrjähriger Kalkulationszeitraum

zugrunde gelegt werden, der fünf Jahre nicht überschreiten soll. Kostenüberdeckungen genauso wie Kostenunterdeckungen, die sich am Ende dieses Zeitraumes ergeben, sind innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen.

Wann und wie beabsichtigt die Gemeinde die zu viel gezahlten Gebühren an die Bürger zurückzahlen?



## Buslinie 8 in Petersberg

**In der Sitzung der Gemeindevertretung am 22. Februar wurde einer neuen Führung der Buslinie 8 im Ortsteil Petersberg zugestimmt.**

Die Änderungen treten im Rahmen des neuen Nahverkehrsplanes im Jahr 2019 in Kraft. Nach wie vor halten wir den Wegfall der Nahverkehrsanbindung an das Klinikum ab dem Jahr 2019 für falsch. Dennoch haben wir der Änderung der Buslinie 8 jetzt zugestimmt. Denn damit wird den Forderungen mehrerer Bürgerinitiativen entsprochen und eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Planungen erwirkt.

Die Buslinie 8 soll an der Konrad-Adenauer-Schule beginnend über die Bergstraße zu Weiherweg und Quelle, über die Brauhausstraße zum Propsteihaus, über die Rabanus-Maurus-Straße, Rhönbergstraße und Margretenhauner Straße zu Am Roten Rain, über die Margretenhauner Straße und Rhönbergstraße zu Rhönbergstraße, über die

Rabanus-Maurus-Straße zu Alte Ziegelei, über die Bertholdstraße und Hövelstraße zu Hövelstraße, über den Ulmenweg zur Petersberger Straße mit Haltestelle Bastheimstraße, über die Petersberger Straße zum ZOB und weiter zum Stadtschloss führen.

Die jetzige Linienführung wurde durch die Initiativen von Bürgern der Gemeinde bewirkt. Auch wenn Ex-Bürgermeister, bzw. Ehrenbürgermeister Schwiddessen bei seiner Rede zum Haushalt 2018 Bürgerinitiativen in Frage gestellt hat, halten wir Bürger, die sich an Entscheidungsprozessen beteiligen, für eine Bereicherung. Sie waren es, die mit ihrem Einsatz ein Einschreiten des Landkreises gegenüber der Gemeinde erreicht haben.

Es ist schon bemerkenswert, dass der Landkreis die Gemeinde aufgefordert hat, in einen Dialog mit den Bürgern zu treten und einen abgestimmten Vorschlag vorzulegen.

## Ortsgericht

Die Gemeindevertretung hat Herrn Felix Gaul für weitere 10 Jahre zum Ortsgerichtsvorsteher gewählt.

Weitere Bewerber gab es nicht. Im Vorfeld der Entscheidung durch die Gemeindevertretung hatten alle betroffenen Ortsbeiräte einer Wiederwahl für zehn Jahre zugestimmt.

DIE LINKE. Offene Liste hat sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Denn § 7 des Ortsgerichtsgesetzes sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, bei Bewerbern, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, die Amtszeit auf 5 Jahre zu begrenzen. Diese Regelung halten wir für sinnvoll.

**Für Anregungen und Kritik sind wir immer dankbar. Bitte wenden sie sich direkt an uns:**

Michael Wahl  
Tel. 0661 64141

Martina Rahn  
Tel. 0661 606186

Andrea Kreipl-Möller  
Tel. 0160/93865232

oder an die unten genannte  
E-Mail Adresse.

**Impressum:**

**DIE LINKE. Offene Liste  
in der Gemeindevertretung  
Petersberg**

**Vors.  
Michael Wahl  
Kirschgrund 3  
36100 Petersberg**

**michaelwahl@t-online.de  
www.linke-kreis-fulda.de**

# Straßenbeiträge abschaffen

Wir fordern den Bürgermeister der Gemeinde Petersberg auf, in Gesprächen mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, mit der Hessischen Landesregierung und mit dem Regierungspräsidium die Probleme mit der bestehenden Straßenbeitragssatzung unserer Gemeinde darzulegen.

Die Gemeindevertretung fordern wir auf, den Hessischen Städte- und Gemeindebund und die Hessische Landesregierung zu einer unverzüglichen Abschaffung von KAG §11 und §11a aufzufordern. Gleichzeitig soll vorgeschlagen werden, die dadurch entfallenden Einnahmen der Gemeinde durch zweckgebundene Zuweisungen aus dem Landeshaushalt zu ersetzen.

Die Gemeinde Petersberg wird aufgefordert, als Kooperationspartner der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen „Straßenbeitragsfreies Hessen“ beizutreten.

## Begründung:

Straßenbeiträge belasten die Bürger unverhältnismäßig hoch. Diese Beiträge werden von den Bürgern unserer Gemeinde als ungerecht, willkürlich und für den betroffenen Bürger nicht planbar verstanden. Angesichts von bis zu fünfstelligen Beitragsforderungen wächst der Unmut in der Bevölkerung. Im Einzelfall stellt der Straßenbeitrag eine existenzgefährdende Belastung ohne tatsächlichen Gegenwert dar. Es entstehen soziale Probleme, da einkommensschwache Menschen durch diese Art der Erhebung extrem hoch belastet werden. Sie sind vielfach nicht in der Lage, diese Beiträge zu entrichten. Das Eigenheim als Altersvorsorge wird zur Armutsfalle.

Name , Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

---

---

---

---

---

---

---

---

Bitte an Michael Wahl, Kirschgrund 3 in Marbach schicken oder am 20.04. um 19.00 Uhr zur öffentlichen Fraktionssitzung im Landgasthof Zellmühle in Marbach mitbringen.